

„Genehmigungsplanung“ zu betrachten, allerdings sehe er keine Möglichkeit einer Planung „ohne Investor“.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Damblon, die Vorplanung werde begrüßt; seine Fraktion sehe das Ergebnis anders als die FDP, die CDU sei von der Wirtschaftlichkeit dieses Projektes an dieser Stelle überzeugt. Die Vorplanung muss noch weiter abgestimmt werden, so z.B. die Erschließung. Herr Schleifer weist für die gGmbH auf die Stellungnahmen der Fachämter im B-Planverfahren 247 hin, danach könne diese Planung nicht erfolgreich sein. Die Planung sei vom Investor auf die Kapazität von ca. 160 Betten „fixiert“.

Herr Schoenauer weist auf Bedenken hin, sieht aber nicht die Unmöglichkeit der Planung. Er betont, die vorgestellte Planung sei ein städtebaulicher Entwurf und kein Bauantrag. Der FDP-Standpunkt sei als „Nein“ nicht brauchbar, das helfe nicht weiter. Die Probleme mit dem Park Haus Meer müssen lösbar werden.

Dr. Gérard weist auf die Verkehrsproblematik und die Abstimmung mit Straßen-NRW hin, die ebenso notwendig werde, wie die mit den Fachämtern der Denkmalpflege.

Herr Neuhausen erklärt für die SPD-Fraktion, dass nach Vorstellung der Planung in seiner Fraktion die Planung als fortsetzbar gesehen werde. Andere Meinungen würden zu nichts führen. Die Planung sei gut, aber in Teilen noch zu ändern. Mit dem Investor solle weiter verhandelt werden, teilweise sei das Bauvolumen zu groß. In die Gastronomie solle auch ein für örtliche Vereine nutzbarer Saal integriert werden. Auch für die zukünftige Bewirtschaftung/Unterhaltung des Parks müssten Lösungen gefunden werden. Deutlich macht er darauf aufmerksam, dass der Arbeitskreis kein Abstimmungs- sondern ein Empfehlungsgremium sei.

Frau Wellhausen drückt Erstaunen über die Haltung der SPD und CDU zur Regentplanung aus. Der vorliegende Entwurf sei nicht genehmigungsfähig und stelle in Richtung Regent/Planungsbüro (beide nicht anwesend) die Frage, welche Änderungsmöglichkeiten dort noch gesehen werden. Die FDP sei grundsätzlich nicht gegen ein Hotel, aber das Volumen müsse reduziert werden und für die Erschließung dem Planer die Frage gestellt werden, welche Alternativen er hier anbieten könne. Die aktuelle Planung verursache zu große Eingriffe in das Gesamtdenkmal, das sei im Ergebnis unrealistisch. Ergänzend weist sie auf die bekannten Stellungnahmen der Fachämter hin.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reklamiert Herr Peters die Behandlung der Anregungen des Fördervereins (TOP 2). Die vorgestellte Regent-Planung sei so nicht diskutabel, gerade auch mit Hinweis auf die Bedenken/Stellungnahmen der Fachämter. Die Regent-Planung greife keine akzeptablen Vorschläge auf, das geplante Volumen sei nicht umsetzbar.

Dr. Gérard weist den „groben Vorwurf“ betreffend TOP 2 zurück und führt aus, dass die dafür erforderlichen Informationen erst zu einem späteren Zeitpunkt von der Verwaltung geliefert werden können, eine heutige Befassung lehne er ab.

Für die Aktionsgemeinschaft äußert sich Frau Janssen skeptisch zu der Planung, besonders wegen der Objektgröße, der Tiefgarage und der gesamten geplanten Erschließung, die in derzeitigem Planungsstand gänzlich unrealistisch sei.

Zur Planung äußert Herr Damblon, er sehe einen erheblichen qualitativen Vorteil der aktuellen sogenannten „Nordbebauung“ gegenüber der früheren Planung im B-Planverfahren 247. Wegen des Denkmalschutzes sei jetzt eine realistische Grundlage zu erkennen. Ein weiteres Ausloten der Planung, auch mit Fachämtern und Fachbehörden sei kurzfristig erforderlich, denn es sollten keine Verhinderungsbeschlüsse gefasst werden.

Herr Neuhausen betont, jetzt bestehe eine Chance, da sei die SPD mit der CDU einer Meinung. In der Präsentation der Planung in der SPD-Fraktion sei vom Architekten eine Grundlagenvorstellung, also noch keine fixe Maximallösung vorgestellt worden; hier sei der Architekt flexibel. Die Norderschließung werde als realistische Option gesehen: „Irgendetwas müssen wir kaputt machen, wenn wir den Park erhalten wollen. Jetzt müssen mehr Kompromisse gemacht werden. An alten Beschlüssen muss nicht festgehalten werden. Der Plan könne zwar so nicht umgesetzt werden, soll aber Grundlage für weitere Gespräche sein.“

Darauf folgt eine kurze verbale Kontroverse zwischen Herrn Peters und Herrn Neuhausen.

Herr Peters bringt die bisherigen Stellungnahmen der Fachämter als „erheblich“ in die Diskussion ein.

Herr Schleifer weist auf die Planung der gGmbH hin, diese sei auf der Grundlage der politischen Beschlüsse angefertigt worden, und zwar mit Reduzierungen in Volumen, Größe und Fläche. Dagegen sei der Regent-Entwurf viel zu voluminös. Die aktuelle Diskussion verlasse die nach wie vor gültige Beschlusslage.

Dazu fragt Herr Schoenauer nach der aktuellen Situation der gGmbH und dem Stand der Planung.

Herr Schleifer antwortet darauf, dass mit dem Hotel jetzt 20.000 m² Bruttogeschoßfläche geplant seien, gegenüber dem gGmbH-Projekt mit ca. 10.000 m² Bruttogeschoßfläche.

Dr. Gérard führt aus, dass selbstverständlich das Volumen reduziert werden müsse, bevor die Fachämter angesprochen werden.

Frau Janssen regt an, die aktuelle Hotelplanung mit den Fachämtern abzustimmen.

Dazu bemerkt Herr Dr. Gérard, dass evtl. eine Überarbeitung der Planung des Architekten mit den Fachämtern abgestimmt werden solle, er erwarte aber heute ein Votum des Arbeitskreises zur Beteiligung der Fachämter.

Herr Radmacher äußert sich skeptisch zur aktuellen Planung und weist auf das Gewicht der Stellungnahmen/Bedenken der Träger öffentlicher Belange aus dem B-Planverfahren 247, so wie der langen Zeitabläufe für eine Fortsetzung des Planverfahrens hin.

Frau Wellhausen betont den hohen überregionalen Wert und die Bedeutung von Haus Meer. Sie verschließe sich nicht einer Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange.

Herr Schleifer hält eine Diskussion mit den Trägern öffentlicher Belange auf Basis der aktuellen Planung nicht für zielführend, er könne aber eine kurzfristige Abfrage der Träger öffentlicher Belange akzeptieren.

Herr Schoenauer plädiert für den ersten Schritt, die Einschaltung der Träger öffentlicher Belange.

Herr Neuhausen favorisiert die aktuelle Planung zur Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange, es solle „richtig geklärt werden“.

Herr Peters weist auf bereits vorhandene konkrete Inhalte in den vorliegenden TÖB-Stellungnahmen aus dem Verfahren Bebauungsplan 247 hin. Eine neue „Anhörung“ sei daher unproduktiv.

Als Entgegnung fordert Herr Schoenauer: „Die Mittelbehörden sollen für ihr Geld arbeiten“.

Anmerkung des Schriftführers: Die hier gemeinten Behörden sind die LVR-Ämter für Denkmalpflege und für Bodendenkmalpflege. Diese sind unabhängige Fachämter gem. § 22 DSchGNW und in Planverfahren Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB.

Frau Wellhausen weist auf den Planungsstand des Projektes als „Vorentwurf“ hin, damit seien keine qualifizierten Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange zu erzielen.

Herr Damblon bevorzugt einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung wegen Anhörung Träger öffentlicher Belange, nämlich Landschaftsverband Rheinland und Straßen-NRW.

Dr. Gérard fragt die Aufgabenstellung ab: „Als Votum des Arbeitskreises solle die Verwaltung zum aktuellen Planungsstand die Träger öffentlicher Belange, LVR und Straßen-NRW, anfragen“.

Herr Schmoll führt aus, dass die UWG die vorgeschlagene Nutzung an diesem Ort begrüße und eine „Doppelnutzung“ Hotel/Gastronomie vorteilhaft sei. Bedenken habe er zur geplanten Erschließung, diese sei zu überarbeiten und nicht von Norden her zu realisieren. Alternativ könne er sich unter anderem auch eine Prüfung der Zuwegung über das vorhandene Tor an der alten B 222 vorstellen. Die derzeitige Hotelgröße sei unklar in Bezug auf Bruttogeschoßfläche/Volumen, Gebäudehöhe. Zu reduzieren sei die Zimmeranzahl, die Gestaltung sei zu präzisieren. Es solle die Chance zu einer hochwertigen Nutzung des Areals Haus Meer ergriffen werden.

Herr Peters wendet ein, dass die Planung zu viele Eingriffe in die Denkmalsubstanz bedeutet. Dazu zitiert er aus einer Stellungnahme der Denkmalämter (Verfahren B-Plan 247) besonders zur Thematik Tiefgarage. Die Wortmeldung geht in allgemeinen Gesprächen der Anwesenden unter, so dass Herr Dr. Gérard zusammenfassend feststellt:

Notwendigkeit von Gesprächen mit den LVR-Ämtern, dies sei zeitlich primär sinnvoll.

- Das weitere Vorgehen solle zielorientiert sein.

- Die Fraktionen votieren mit Ja/Nein zu dem Auftrag: Die Verwaltung solle vom planenden Architekten aufbereitete Pläne mit den LVR-Ämtern (Denkmalpflege und Bodendenkmalpflege) erörtern. Mit 5 Ja und 1 Nein-Stimme wird so entschieden.

Ende der Sitzung 18:20 Uhr.